

# Beilage zum „Niesauer Tageblatt“.

Verlagsanstalt und Verlag: Langen & Winterlich, Niesau. Geschäftsstelle: Marktstraße 22. Verantwortlich für Redaktionen: Kurt Schmal, Niesau; für Anzeigen: Wilhelm Stütz, Niesau.

Nr. 29.

Donnerstag, 5. Februar 1920, abends.

78. Jahrg.

## Aufhebung der Getreidezwangswirtschaft am 1. Juli?

tu. Sittau, 3. Februar.

In einer hier abgehaltenen, von mehr als 1200 Bauern besuchten Massenversammlung wurde bekannt gegeben, daß nach zuverlässigen Informationen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide für den 1. Juli bis 30. in Aussicht steht. Landwirt Hermann Richter behauptete, daß die Landwirtschaft in dieser Zwangsjahre leide. Er forderte die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Hinblick auf die jetzigen Verhältnisse nicht für angebracht. Er stellte fest, daß die Landwirtschaft des Sittauer Bezirks in Erfüllung ihrer Pflichten hinsichtlich der Ablieferung an der Spitze der landwirtschaftlichen Verbände stehe. Besonders gelte dies für die Getreideablieferung.

## Der Zusammenbruch der Volksernährung.

tu. Berlin, 4. Februar.

Die heute vormittag im Reichswirtschaftsministerium abgehaltenen Besprechungen zur Sicherung unserer Ernährung sind bisläufig beendet worden. Die Vorarbeiten zu folgendem Resultat: Die Regierung hält die Zwangswirtschaft im Interesse der Volksernährung weiter aufrecht, bewilligt dagegen der Landwirtschaft höhere Preise für die Getreide. Danach wird sich der Erzeugerpreis für eine Tonne Roggen auf 900 Mark stellen, der Weizenpreis soll auf 1000 Mark für die Tonne erhöht werden. Für den Jänner Herbstfrucht werden 20 Mark in Vorkasse gebracht. Außerdem wird der freie Handel mit Getreide aufgehoben und auch daser wieder öffentlich bewirtschaftet.

tu. Berlin, 4. Februar.

Die ernährungswirtschaftlichen Verhandlungen wurden heute seitens des Reichswirtschaftsministeriums in einer Versammlung mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Verbände des Deutschen Städtebundes, sowie der großen Verbraucherverbände fortgesetzt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Organisation der Lebensmittelversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr und mit der Festlegung von Mindestpreisen für landwirtschaftliche Produkte, besonders für Getreide und Kartoffeln. Von beiden Seiten wurde die gemeinsame Aufgabe als zweckmäßigster Weg für die gegenseitige Verständigung, auf die allerseits der größte Wert gelegt wurde, begrüßt. Die meisten landwirtschaftlichen Vertreter erklärten sich grundsätzlich für baldige Freigabe aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Einige Abgeordnete vertraten aber den Standpunkt, daß eine Organisation der Ernährungswirtschaft solange nötig sei, bis die Gründe zu ihrer Einführung nicht mehr beständen. Insbesondere hob der Vertreter der landwirtschaftlichen Körperschaften Hübner hervor, daß für die land- und waldwirtschaftliche Wirtschaft die nötige und sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft durchaus unerwünscht sei, da dadurch nicht nur die Versorgung der städtischen Bevölkerung, sondern auch die landwirtschaftlichen Mittel- und Kleinbetriebe selbst gefährdet wären. Wenn Mindestpreise eingeführt werden, wünschen die Landwirte deren Normierung auf Grund des Kohlenstandards. Seitens der städtischen Vertreter wurde dem Produktionsgeheimnis voll Rechnung getragen, aber die Unmöglichkeit der Versorgung hervorgehoben, falls jede Bewirtschaftung aufgehoben werden sollte. Die Stadtrepräsentanten wiesen ferner auf die Gefahren der freien Preisgestaltung hin, die zu ganz unabweisbaren Erhöhungen der Preise und in der Folge auch der kommunalen und staatlichen Ausgaben führen müßten. Das alles würde aber die Produktionskosten der Landwirte weiter steigern und so eine Schraube ohne Ende werden. Gegen die Freigabe der Kartoffeln wurden von den städtischen Vertretern erhebliche Bedenken geltend gemacht. Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

Der deutsche Reichswirtschaftsminister gab in längeren Ausführungen Aufklärung über die Notwendigkeit der Entscheidung der Produktion.

## Die zweite Note an Holland.

tu. Paris, 4. Februar.

Nach einer Sabotageaktion ist das neue Schreiben an Holland betr. die Auslieferung des Kaisers, in energischem Tone gehalten. Es bricht die Hoffnung aus, Holland werde sich der Gerechtigkeit und Moral, die über allen Prinzipien des gegenseitigen Respektes stehen, anschließen und nicht die Verantwortung für eine gegenseitige Haltung auf sich nehmen.

Das Reutersche Bureau erfährt mit Bezug auf die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers, daß die Vermutungen bezüglich des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Holland und der Verhängung der Strafe unbegründet sind. Es werde keines von beiden beabsichtigt und noch weniger erörtert.

Der „Evening Standard“ berichtet, die Bewachung des früheren deutschen Kaisers in Holland koste Holland jährlich 2000 Pfund Sterling. Die „Dagens Nyheter“ in Stockholm melden, daß Holland wegen seiner Weigerung, den Kaiser auszuliefern, von der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Antwerpen ausgeschlossen werden soll. In schwedischen Sportkreisen macht sich Stimmung geltend, in diesem Falle sich ebenfalls von den Olympischen Spielen zurückzuziehen.

## Französische Fantasiemeldung.

tu. Paris, 4. Februar.

Das sensationellste „Echo de Paris“ bringt folgende, mehr als unwahrscheinliche Meldung: In der vergangenen Woche sind lange Kolonnen von Artillerie und Munitionswagen über die deutsche Grenze nach Holland geleitet worden. Das Blatt bemerkt dazu: Das geschieht augenscheinlich nicht dazu, um sich der Auslieferung des Kaisers mit Gewalt entgegenzustellen. Man vermutet vielmehr, daß es sich darum handelt, die gesamte Feldartillerie und die schweren Geschütze, die nach dem Friedensvertrag den Alliierten ausgeliefert werden müssen, auf neutralen Boden zu schaffen, was als das bequemste angesehen wird.

## Die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich.

Der Reichsverkehrsminister Dr. Belli erklärte am Mittwoch in Berlin vor Vertretern der Reichs- und Provinzialparlamente, daß die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich am 1. April 1920 erfolgen wird.

## Die Auslieferungsliste überreicht.

Die Auslieferung von etwa 900 Deutschen verlangt.

tu. Berlin, 4. Februar.

Die Note, in der die Entente die Auslieferung von etwa 900 Deutschen verlangt, ist vom Ministerpräsidenten Millerand gestern dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherrn von Versner, überreicht worden. Obwohl Freiherr von Versner bereits am letzten Sonnabend die ausdrückliche Befehlsurkunde erhalten hatte, eine derartige Note ohne weiteres an das auswärtige Amt weiterzuleiten, hat er die Note an Millerand zurückgeschickt mit der Erklärung, daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, bei der Auslieferung Deutscher mitzuwirken. Freiherr von Versner hat telegraphisch seine Entlassung aus dem Reichsdienst nachgesucht und sofort erhalten.

## Die Haltung der Regierung.

tu. Berlin, 4. Februar.

Die Reichsregierung hat sich in ihrer heutigen Sitzung mit der durch das Bekanntwerden der Auslieferungsliste geschaffenen Lage beschäftigt. Durch die Weigerung des Herrn von Versner, Note und Liste entgegenzunehmen, ist sie allerdings vorerst noch nicht im Besitz der beiden Urkunden, jedoch hat die Beratung, die auf der Grundlage der inoffiziell bekannt gewordenen Liste stattfand, volle Einmütigkeit darüber ergeben, daß an dem Standpunkt, wie er aus der am 25. Januar in Paris überreichten, inzwischen veröffentlichten Note ersichtlich ist, unter allen Umständen festzuhalten sei. Die Reichsregierung hat schon bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages keinerlei Zweifel darüber gelassen, daß die Durchführung der verlangten Auslieferungen unmöglich ist. Diese Ueberzeugung, die sie mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes ohne Unterschied der Parteien teilt, wird sie bei den weiter notwendig werdenden Maßnahmen und Verhandlungen leiten.

(Die hier erwähnte Note vom 25. Januar haben wir bereits in Nr. 28 umf. Bl. auszugswweise wiedergegeben.)

## Die Auslieferungsliste.

In einer von der Regierung gesteuerten Abendveröffentlichung, die ihr allerdings infolge der Weigerung des Herrn v. Versner, die Note der Entente entgegenzunehmen, offiziell noch nicht zugegangen war, befinden sich u. a. folgende Namen:

Die Buchstaben hinter den Namen geben den Staat an, der das Auslieferungsersuchen stellt. (Gr.—England, F.—Frankreich, Be.—Belgien usw.)

Albrecht von Württemberg, Herzog, (Gr.). Arnold de la Perrière, von, (Gr.). Armin, Eigt von, (Be.). Armin Knappe von Wapern, (F.). Below v. Lito, (Gr.). Bethmann Holweg, (Be.). Eduard von Capelle, (Gr.). Ender Wajda, (Be.). Ernst von Sachsen, (Gr.). v. Falkenhayn, (F.). Frinz Friedrich von Weuchen, (F.). von Gallwitz, (Serbien). v. Gallwitz, (Be.). Graf Hähler, (F.). von Hauens, (F.). Großherzog von Hessen, (F.). Generalfeldmarschall von Hindenburg, (F.). v. U. v. U., (F.). August von Hohenzollern, (F.). Frinz Eitel Friedrich von Hohenzollern, (F.). Kronprinz Friedrich Wilhelm, (F.). Frinz Karst von Hohenzollern, (Be.). v. Kirchbach, (Be.). v. No.). v. Rint, (F.). Rintlingen, (Hol.). General Ludendorff, (F.). Generalfeldmarschall Mackensen, (Serb.). v. Slaw, (Be.). derische, (Rum.). Main, (Rum.). von der Warmis, (F.). Herzog von Westenburg, (F.). v. d. Wlanig, (Be.). Friedrich, (F.). von Hohenzollern, (Be.). v. der Schulenburg, (F.). von Tripitz, (Be.). Graf Wittgen von Göttingen, (Be.).

Diese entscheidungswichtigen Tage heißen ein national benutztes und mit zusammengefaßten Sätzen auf alles gefaßtes Volk und eine endlich entschlossene, Würde wachende Regierung. Von Paris aus in der Weltöffentlichkeit in das Antlitz des deutschen Volkes getan worden. Selbst ein holländisches Blatt nannte die Unter der Entente (s. Der deutsche Unterhändler in Paris, ein Mann des neuen deutschen Systems, Frhr. v. Versner, fand die Art Willkürs, die Auslieferung der 900 Deutschen zu fordern, so ungeheuerlich, daß er Millerand das Schanddokument vor die Nase warf. Damit ist die Krise da. Niemand kann wir ausgeben, daß Klotz, aus dem eigenen Lager — man denke an Jaurès, an die Petersburger Enthaltungen, an die gebelnen Verträge des belgischen Gesandten, an die Kriegsbefehle der Franzosen und Russen — des Verbrechens gegen den Frieden Europas beschuldigt, daß also mindestens Verbüßte, Klotz und Richter in einer Person sind. Wer will in Deutschland einen Hindenburg verhaften? Wer will zum Mittel der Entente machen? Der Verfeiler Schandfriedens, in sich selbst unmöglich, war der Frieden des Grades aller Moral- und Rechtsgrundsätze. Wir rechneten damals, die Zeit würde die Reue bei den Gegnern wiederkehren lassen und Änderungen bringen, und es fanden sich deshalb Leute in Deutschland, die den Frieden, also auch die Auslieferungsbestimmungen, unterzeichneten. Die objektive Unmöglichkeit der Ententeforderung zwingen die Regierung, hart zu bleiben. Die Entscheidung ist im Gange. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist vorläufig mit einem Rücktritt des gesamten Kabinetts nicht zu rechnen. Die Reichsregierung wird vielmehr auch jetzt noch alles versuchen, den Wünschen der Entente entgegenzukommen, indem sie vor dem Reichs-

ständlichen Stand der Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich. Aus seinen Ausführungen sei folgendes wiedergegeben: Aus den Wünschen der Länder heraus, die sich in dieser Richtung mit den Interessen der Reichsregierung decken, wird seit Dezember v. J. zwischen dem Reich und den Landesverwaltungen darüber verhandelt, ob nicht die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich bereits zum 1. April 1920, also um ein Jahr eher möglich sei, als es die Reichsverfassung vorsieht. Die gespannte wirtschaftliche Lage erfordert von Tag zu Tag mehr, daß der gesamte deutsche Eisenbahnverkehr und Betrieb von einer Stelle aus geleitet wird. Daneben spricht die Durchführung des großen Steuerprogramms zum 1. April 1920 für die Vorsehung des Vereinfachungsprogramms auf diesen Tag. Schließlich drängt die zum 1. April 1920 im Reich einsetzende Besoldungsreform ebenfalls zu einer Fraktionierung des Termins, da das große Der der Uebernahme der Länder eine Annullierung seiner Besoldungs- und Rentenverhältnisse an die neuen Besoldungs des Reichs an

gericht in Leipzig ein Verfahren auf Grund des Kuffage-materials der Entente eröffnet. Damit werden sich aber die Gegner zweifellos nicht aufziehen, und wenn die Frist abgelaufen ist, wird die Regierung eine öffentliche Aufforderung zur freiwilligen Stellung ergehen lassen, die aber ohne Zweifel keinen Erfolg haben wird, weil die meisten der Führer und Politiker sich verpflichtet haben, freiwillig nicht zu gehen. Da aber auch Herr Klotz es abgelehnt hat, die Reichswehr zu Büttelstücken für die Entente zur Verfügung zu stellen — die Sicherheitswehr wird sich dazu ebenso wenig mißbrauchen lassen —, muß nach Ablauf der Frist das Reichskabinett der Entente mitteilen, daß es nicht imstande ist, dem Auslieferungsersuchen zu entsprechen, weil alle staatlichen Gewaltmittel in diesem Falle versagen, und was dann geschieht, das ist eine Frage, deren Verantwortung nicht in Berlin, sondern in Paris gefunden werden muß.

## Sum Rücktritt Versners

bemerkte die „Frankfurter Zeitung“ daß die Tat des Herrn von Versner eine Eigenmächtigkeit sei. Das Blatt behauptet, daß Herr von Versner es in seinem Interesse für nötig hielt, diesen Zwischenfall herbeizuführen. Die Schwierigkeiten Deutschlands würden durch sein Auftreten nur vermehrt, denn er habe den unversöhnlichen Gegnern den willkommenen Anlaß geboten, die Stimmung der Völker auf neue gegen uns aufzuklären, während es den paar Gutgläubigen in den Ententeländern unmöglich wird, ihre Stimme zu erheben. Die Schwierigkeiten, in denen die Regierung und das deutsche Volk sich befinden, könnten durch rein formale Rundschreiben nicht gehindert werden. Im übrigen sei es Sache der verantwortlichen Reichsregierung, zu den amtlichen Schritten der Entente Stellung zu nehmen und nicht die eines einfachen ausführenden Organs.

tu. Berlin, 4. Februar.

Die Verweigerung der Annahme der Auslieferungsliste durch Freiherrn v. Versner hat die Regierung in eine außerordentlich peinliche Lage gebracht. Herr von Versner hätte den triftigen Kultura, ohne persönliche Rücksichten die Note sofort nach ihrer Ueberreichung nach Berlin weiterzuleiten, und man hat in höchsten Regierungskreisen nicht damit gerechnet, daß im letzten Augenblick seine persönlichen Gewissensbedenken obliegen würden. Ob ein Rücktritt des gesamten Reichskabinetts in Frage kommen wird, wissen selbst die unterrichteten Stellen im Augenblick noch nicht zu sagen.

## Die Haltung der Reichlichen Parteien in der Auslieferungsfrage.

tu. Berlin, 4. Februar.

Aus parlamentarischen Kreisen hören wir, daß die Stimmung innerhalb der demokratischen Fraktion insofern eine geschlossene zu nennen ist, als die Fraktion einmütig gegen die Auslieferung Stellung nimmt. Diese Haltung der Fraktion kann natürlich nicht ohne Rückwirkung auf den Bestand des derzeitigen Kabinetts bleiben, und es liegt daher durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die demokratischen Regierungsmitglieder im Hinblick auf die von Partei und Fraktion befandete Haltung daraus die erforderlichen Konsequenzen ziehen werden. Auch innerhalb des Reintums besteht, wie wir weiter erfahren, eine starke Stimmung gegen die Auslieferung, die vielleicht ebenfalls nicht ohne parlamentarische Konsequenzen bleiben wird. Die Haltung der beiden bürgerlichen Reichsparteien dürfte nicht zurück von der Rücksicht auf die Stimmung der überwiegenen Mehrheit ihrer Wähler diktiert sein, die bei anderer Stellungnahme fraglos ins Lager der Rechten überzuweichen müßten.

## Eine Rundschreibung No. 2.

Der Oberbefehlshaber No. 2 erläßt folgende Rundschreibung:

### Würde bewahren!

So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbegehrens der Ententeeregierungen ist, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedermann die gebotene Würde auch insofern gewahrt wird, daß jede Befolgung von Mitgliedern der fremdländischen Missionen und Militärkommissionen unterbleibt, so daß ich nicht genötigt bin, weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen. Berlin, 4. Febr. 1920. Der Oberbefehlshaber gen. No. 2.

## Sitzung der Vorkonferenz.

Infolge des Rücktritts des Freiherrn von Versner trat die Vorkonferenz in Paris vorgestern morgen zu einer Sitzung im Ministerium des Auswärtigen zusammen, um die Lage einer Prüfung zu unterziehen.

## Einberufung der Nationalversammlung.

In weiten Kreisen ist die Ansicht verbreitet, daß infolge der Lage, die durch das Eintreffen der Auslieferungsliste geschaffen worden ist, eine sofortige Einberufung der Nationalversammlung zur Stellungnahme in dieser Angelegenheit erforderlich sei. Es sollte sich im Laufe des heutigen Tages entscheiden, ob die Verhältnisse eine sofortige Aufnahme der Sitzungen notwendig machen.

## Zur Aufstellung der Auslieferungslisten.

Den „Basler Nachrichten“ wird aus Paris gemeldet, daß bei der Aufstellung der Liste der Schuligen hauptsächlich die Franzosen, Engländer, Belgier und Rumänen beteiligt waren, Amerika dagegen garnicht. Es scheint auch, daß die Amerikaner in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnehmen als die Alliierten.

diesem Termin verlangt. Wenn trotz dieser Notwendigkeiten für eine schnelle Vereinfachung die Möglichkeit der Einhaltung des auf den 1. April d. J. gesetzten Termins noch nicht feststeht, so ist diese in den politischen, finanziellen und organisatorischen Schwierigkeiten begründet, die einer derartigen Forderung gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt entgegenstehen. Vor allem im Süddeutschen Land legt man auf die Ueberführung einer möglichst großen Selbständigkeit in der Verwaltung Wert. Die Verhandlungen über die zweckmäßigste Form der Ueberleitung schreiten noch. Vor allem muß ein Weg gefunden werden, der das Verhältnis der Reichszentralbehörde zu den Zentralstellen der Länder regelt. Das steht aber andererseits ebenso fest, und darum möchte ich entscheidendes Gewicht legen, daß, sobald man die einheitliche Verwaltung schafft, diese schneller mit dem internationalen Wiederaufbau des Verkehrswezens begonnen werden kann.